

## Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 18/2

### Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, entwicklungspolitische Sprecherin



### Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Sprecher für Welternährung und  
Obmann im Ausschuss für Wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 10.3.2014

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

die neue Bundesregierung schlägt in der internationalen Politik kriegerische Töne an. Außenminister, Verteidigungsministerin und Präsident fordern mehr Einmischung, auch militärisch. Vor allem Afrika ist dabei in den Fokus geraten. Die Fraktion DIE LINKE hält dies für einen Irrweg – auch angesichts der Bilanz in Afghanistan, die nach über 12 Jahren Intervention im Jahr des sogenannten Abzugs gezogen werden muss. Anlässlich des EU-Afrika-Gipfels Anfang April brachte die Linksfraktion einen Antrag ein, der solidarische und gewaltfreie Beziehungen zwischen der EU und Afrika fordert.

Auf dem EU-Afrika-Gipfel wird es auch um Handelspolitik gehen. Die EU will die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zum Abschluss bringen. Gleichzeitig verhandelt sie mit den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP), das weitreichende Auswirkungen auf die Länder des Südens haben wird. Die Linksfraktion unterstützt Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Gruppen in ihrem Widerstand gegen TTIP.

Heike Hänsel, Niema Movassat, Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

## **Inhalt dieser Ausgabe:**

### **EU-Afrika-Gipfel (ab S. 3)**

Antrag der Fraktion DIE LINKE (12.2.2014): EU-Afrika-Gipfel – Partnerschaft an Gerechtigkeit und Frieden ausrichten

Rede von Niema Movassat (20.2.2014): Solidarische Zusammenarbeit mit Afrika statt Ausbeutung

Rede von Niema Movassat (13.2.2014): Verantwortung übernehmen – Bundeswehr raus aus Mali

### **Freihandelsabkommen EU-USA (ab S. 11)**

Kommentar von Heike Hänsel (10.3.2014): Freihandel – wessen Freiheit?

### **Afghanistan (ab S. 14)**

Rede von Heike Hänsel (20.2.2014): Besatzung und Krieg ermöglichen keine nachhaltige Entwicklung

### **EU-Afrika-Gipfel: Partnerschaft an Gerechtigkeit und Frieden ausrichten**

**Antrag der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Dr. Alexander Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Anlässlich des IV. EU-Afrika-Gipfels, der im April 2014 in Brüssel stattfindet, erinnert der Bundestag an die koloniale Schuld, die die EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, gegenüber Afrika tragen. Diese Schuld wird durch die anhaltende wirtschaftliche Ausbeutung und die Folgen des Klimawandels verstärkt. Die Menschen Afrikas sind ein weiteres Mal Opfer der kapitalistischen Industrialisierung des Nordens. Zugleich eröffnen sich mit dem wirtschaftlichen Aufstieg einiger Länder des Südens, die sich als Partner für eine umfassende Süd-Süd-Kooperation anbieten, neue Optionen für afrikanische Staaten, der einseitigen Abhängigkeit von den alten Kolonialmächten zu entkommen. In dieser Situation melden die EU und ihre Mitgliedstaaten verstärkt ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen in Afrika an und versuchen, auch militärisch, ihnen Geltung zu verschaffen:

1. Der III. EU-Afrika-Gipfel hatte Ende 2010 in Libyen stattgefunden. Die Staatschefs der EU hatten damals keine Bedenken, sich von Muammar al-Gaddafi empfangen zu lassen, an dessen Sturz sich einige von ihnen nur wenig später militärisch beteiligten. Die Militärintervention von Frankreich, Großbritannien und anderen EU-Staaten hatte nicht nur für Libyen, dessen Bevölkerung seither dem Terror von konkurrierenden Milizen ausgesetzt ist, dramatische Folgen. Im gesamten Norden Afrikas wurden Staaten destabilisiert. In Côte d'Ivoire, Mali und in der Zentralafrikanischen Republik intervenierte Frankreich abermals militärisch, um dort kriegerische Auseinandersetzungen im eigenen Interesse zu klären. Militärstrategische Erwägungen sind aber nicht nur für Frankreich, sondern zunehmend für die gesamte EU und ihre Mitgliedsstaaten leitend, wenn es um ihr Verhältnis zu Afrika geht. Die Beschlüsse des EU-Gipfels vom Dezember 2013 zeigen, dass sich die EU zunehmend einen Anspruch auf Gestaltung, zur Not auch mit militärischen Mitteln, der politischen Entwicklungen in Afrika anmaßt. Der Bundestag weist diese Anmaßung zurück und besteht darauf, dass in den Beziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu Afrika Gewaltfreiheit und Gleichberechtigung herrschen müssen. Zivile Instrumente der Zusammenarbeit, wie der Europäische Entwicklungsfonds oder das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit, dürfen nicht für militärstrategische Ziele missbraucht werden, wie dies der zivilmilitärische Ansatz in den Beschlüssen des Europäischen Rats zur Gestaltung der Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (GSVP) vorsieht.
2. Die politischen Umwälzungen in Nordafrika in den letzten Jahren will die EU dazu nutzen, ihre Handels- und Investitionsbeziehungen mit in der Region zu vertiefen. Zu diesem Zweck verhandelt sie mit Ägypten, Tunesien und Marokko über Freihandelsabkommen. Darin will sie, zusätzlich zur Liberalisierung des Warenverkehrs, Vereinbarungen zum Investitionsschutz und zu handelsbezogenen Regulierungsbereichen treffen. Die Proteste, die zu den Veränderungen in Nordafrika geführt haben, waren jedoch auch Ausdruck sozialer Verwerfungen, die sich bereits in den letzten Jahren mit der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der alten Regierungen zugespitzt hatten. Angesichts dessen warnt der Bundestag vor einer weiteren Vertiefung dieser Politik. Sie wäre die falsche Antwort auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen in den südlichen Mittelmeer-Anrainern. Die

ohnehin schwierige demokratische Entwicklung darf nicht dadurch belastet werden, dass wirtschaftspolitische Spielräume weiter eingeschränkt werden.

3. Seit 2002 verhandelt die Europäische Union (EU) mit den AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik) über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA). Lediglich mit den Staaten der Karibik gelang der Abschluss eines vollständigen WPA. In diesem Jahr möchte die EU auch mit den afrikanischen Staaten solche Abkommen abschließen, die dies bislang abgelehnt hatten. Die WPA sollen den Unternehmen aus der EU den Marktzugang, Investitionsmöglichkeiten und den Zugriff auf Rohstoffe in Afrika erleichtern. Dazu sollen wirtschaftspolitische Regulierungsmöglichkeiten, souveräne Hoheitsrechte der Staaten, abgebaut werden. Es ist höchst bedenklich, dass die EU sich in den Verhandlungen nicht auf die Überzeugungskraft ihrer Argumente verlässt, sondern verstärkt auf ökonomischen Druck setzt. Durch den Entzug bisheriger Zugangserleichterungen zum EU-Markt sollen Staaten genötigt werden, in die WPA einzuwilligen. Der Bundestag verweist darauf, dass viele entwicklungspolitische Organisationen warnen, die WPA würden einer selbständigen Entwicklung der afrikanischen Staaten entgegenwirken und die Abhängigkeit vom Norden verstärken.
4. Die ungleichen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EU und Afrika sind die Hauptursache für die unfreiwillige Migration von Hunderttausenden von Menschen auf der Suche nach Arbeit, einem Auskommen oder einfach dem nackten Überleben. Viele Menschen machen sich auf den gefährlichen Weg nach Europa, weil sie in ihrer Heimat keine Perspektive sehen. Ihr Weg in die EU wird durch die Seekontrollen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX immer gefährlicher. Die Einführung des europäischen Grenzüberwachungssystems EUROSUR verschärft die Bekämpfung von Migration, denn es verbessert nicht die Seenotrettung von Flüchtlingen. Vielmehr steht zu befürchten, dass sich im Gegenteil die Gefahr für Flüchtlinge weiter erhöht, wenn sie durch die zunehmende Überwachung dazu gezwungen werden, längere und gefährlichere Routen einzuschlagen oder kleinere Boote zu verwenden, um nicht entdeckt zu werden. Tausende sind bereits an den Südgrenzen Europas gestorben. Die EU schließt Rückführungs- und Mobilitätsabkommen mit afrikanischen Staaten ab und knüpft ihre Entwicklungshilfe direkt an deren Kooperation bei der polizeilich-militärischen Grenzkontrolle, an die Einführung restriktiver Gesetze und praktischer Maßnahmen gegen durchwandernde Migration sowie an die Rückübernahme eigener Staatsangehöriger und von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen.
5. Die wirtschaftliche Durchdringung Afrikas mittels Freihandelsverträgen und die militärische, oft zivil flankierte, Einflussnahme haben ein gemeinsames Ziel: Die EU will im Wettlauf um die Rohstoffe, die in großen Mengen in Afrika lagern, gegenüber konkurrierenden Mächten wie der VR China, Indien, Brasilien oder USA verlorenen Boden gut machen. Der Bundestag besteht darauf, dass solcherlei Erwägungen keine Rolle bei der Gestaltung unseres Verhältnisses zu unseren afrikanischen Nachbarn spielen dürfen. Vielmehr muss der Anspruch der EU sein, gemeinsam mit den Partnern in Afrika Armut und Hunger wirksam zu bekämpfen und in beiden Regionen eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Herstellung von Ernährungssouveränität der Grundpfeiler der Entwicklung eines jeden Staates ist. Die Entwicklungs- und Handelspolitik der EU müssen auf die Erweiterung der Spielräume für Ernährungssouveränität in den Ländern Afrikas ausgerichtet werden. Auf die Länder Afrikas darf kein Druck ausgeübt werden, ihre Agrarmärkte zu öffnen oder Fischfangquoten für europäische Länder freizugeben, die die Ernährungssouveränität, den Lebensunterhalt der lokalen Fischer und die Nachhaltigkeit der lokalen Fischgründe gefährden. Bestenfalls muss die Wertschöpfung im Fischereisektor in den Ländern Afrikas gefördert werden.

Der Bundestag nimmt das Gedenken an den früheren südafrikanischen Präsidenten, Nelson Mandela, zum Anlass, an die Verdienste der afrikanischen Befreiungsbewegungen und den solidarischen Beitrag vieler Staaten, Parteien und Bewegungen in anderen Teilen der Welt zu

erinnern, die die Überwindung von Kolonialismus und Apartheid bewirkt haben. Die Geschichte des solidarischen globalen Eintretens für Gleichheit und Gerechtigkeit, für Souveränität und Frieden verpflichtet dazu, diesen Anliegen auch in der Gestaltung der europäisch-afrikanischen Beziehungen zur Durchsetzung zu verhelfen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf dem IV. EU-Afrika-Gipfel im April 2014 in Brüssel für eine gewaltfreie Partnerschaft zwischen der EU und Afrika einzusetzen und in diesem Sinne
  - sich insbesondere gegenüber Frankreich, aber auch gegenüber Großbritannien dafür einzusetzen, dass es seine gegenwärtigen militärischen Interventionen und seine militärische Präsenz in Afrika beendet,
  - für die Zukunft darauf hinzuwirken, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten darauf verzichten, militärisch und insbesondere parteiisch in die Klärung von Konflikten in afrikanischen Ländern einzugreifen,
  - stattdessen für den Aufbau eines Europäischen und eines Afrikanischen Zivilen Friedensdienstes zu werben und einen angemessenen Beitrag zur Anschubfinanzierung anzubieten,
  - das Hauptquartier des Afrika-Kommandos der USA in Stuttgart zu schließen und darauf hinzuwirken, dass es auch nicht nach Afrika verlegt wird,
  - Rüstungsexporte aus Deutschland zu verbieten und EU-weit für ein solches Verbot zu werben,
  - sich für den Stopp finanzieller Unterstützung von militärischen und polizeilichen Missionen der GSVP aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen,
  - die deutschen Beiträge zum Europäischen Entwicklungsfonds mit einer Zivilklausel zu versehen, die die ausschließliche Verwendung der finanziellen Mittel für zivile Ziele vorschreibt und jegliche Vermischung mit militärischen oder polizeilichen Missionen untersagt, und sich dafür einzusetzen, dass auch die Mittelvergabe aus dem Instrument der Entwicklungszusammenarbeit mit einer entsprechenden Zivilklausel versehen wird;
2. auf solidarische Beziehungen zwischen der EU und Afrika hinzuwirken, die nicht auf die Interessen der europäischen Konzerne, sondern auf die sozialen Interessen der Menschen ausgerichtet sind, und in diesem Sinne
  - die Bekämpfung von Armut und Hunger zum zentralen Anliegen der Zusammenarbeit mit Afrika zu machen und ihre Finanzierungsversprechen für die Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten,
  - wirksame Maßnahmen gegen Landgrabbing, Nahrungsmittelspekulation sowie Raubfischerei und unfaire Fischereiabkommen zu ergreifen,
  - sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen über Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen beendet und in einem demokratischen Prozess neue, entwicklungsförderliche Verhandlungsmandate formuliert werden,
  - sich dafür einzusetzen, dass die EU in Verhandlungen über Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten auf Liberalisierungs- und Privatisierungsforderungen ebenso verzichtet wie auf die Forderung nach dem Abbau von Exportbeschränkungen für Rohstoffe sowie von Investitionsauflagen,
  - eine Neuausrichtung der Rohstoff- und Energiepolitik auf regenerative, umweltverträgliche, gerechte und Konflikte vermeidende Strategien der Energieversorgung vorzunehmen und die Militarisierung der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik zu beenden,
  - sich innerhalb der EU für die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX und des Grenzüberwachungssystems EUROSUR sowie dafür einzusetzen, dass alle Flüchtlinge Zugang zu einem fairen Asylverfahren und zum jeweils geltenden Arbeitsrecht in der EU haben,
  - sicherzustellen, dass die Abwehr von Flüchtlingen künftig kein Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit mehr sein darf.

## **Solidarische Zusammenarbeit mit Afrika statt Ausbeutung**

**Für die Fraktion DIE LINKE bringt der Abgeordnete Niema Movassat, Sprecher für Welternährung, den Antrag der Fraktion zum EU-Afrika-Gipfel ein (Rede zu Protokoll):**

Im kommenden April findet der EU-Afrika-Gipfel statt. Wir sagen mit unserem Antrag heute: Die deutsche und europäische Afrikapolitik müssen sich grundlegend verändern! Bis jetzt ist der Fokus oft darauf gerichtet Zugang zu den Rohstoffen und Märkten in afrikanischen Ländern zu erhalten, statt wirksam gegen Armut zu kämpfen. Zudem heizen deutsche und europäische Rüstungsexportierte Konflikte an.

Wir brauchen stattdessen eine Afrikapolitik die in ihr Zentrum Solidarität, Partnerschaft und Gewaltfreiheit stellt! Dazu muss zuallererst Schluss sein mit der wirtschaftlichen Ausbeutung afrikanischer Länder. Leider bedeutete das Ende des Kolonialismus in Afrika nicht das Ende der Ausbeutung.

Jahrzehntelang üben die Industrieländer schon Druck auf afrikanische Länder aus, ihre Märkte zu öffnen, ihre staatlichen Betriebe zu privatisieren, und ihre Schutzregelungen für die eigene Wirtschaft abzubauen. Die Interessen und Bedürfnisse der Afrikanerinnen und Afrikaner stehen dabei nicht im Mittelpunkt. Das alles hat Afrika nicht den versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Ganz im Gegenteil: Durch diese Politiken werden soziale Sicherungssysteme zerstört. Arbeits- und Umweltstandards werden verhindert. Es finden Mittelkürzungen bei Bildung und Gesundheit statt. Staatliche Strukturen werden geschwächt nach dem Motto: „Privat vor Staat“.

Es ist diese Politik der Industrieländer die einen enormen Anteil an der Armut in Afrika hat. Eine Politik, die zwar von Demokratie redet, sich aber, wenn es um ihre Interessen geht, auch gerne mal mit korrupten Eliten verbündet. Vor Allem stehen immer wieder die Profite der europäischen Konzerne. Da muss endlich ein Kurswechsel her!

Der bleibt aber aus. Das neuste Zaubermittel sind Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Klingt ganz toll. Aber bedeutet die knallharte Fortsetzung der bisherigen Politik. Ein Beispiel: Ghana hat dem Druck der Industriestaaten nachgegeben und auf Freihandel gesetzt. Das Ergebnis: Das Land wurde überschwemmt mit Dumping-Geflügelimporten. Die eigene Geflügelproduktion konnte der steuersubventionierten Konkurrenz aus Europa nicht standhalten und brach zusammen. Unzählige Menschen wurden arbeitslos und das Land ist heute abhängig von Geflügelimporten. Nigeria zeigt, dass es anders geht. Es hat keinen Freihandelsvertrag abgeschlossen. Stattdessen hat es hohe Importzölle erhoben und so seine Geflügelproduktion geschützt. Heute wird der heimische Bedarf aus eigener Produktion gedeckt. Das ist der richtige Weg!

Stattdessen aber wird die europäische Freihandelspolitik immer aggressiver. Sie will auf Teufel komm raus europäischen Unternehmen neue Märkte in Afrika erschließen. Dazu verbietet die EU beispielsweise im Rahmen dieser Abkommen den Ländern, Zölle zu erheben, um ihre Märkte vor Billigimporten zu schützen. In vielen Ländern Afrikas wächst der Widerstand dagegen. Und was macht die EU? Sie setzt auf Erpressung. So weigert sich Kamerun, das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu unterzeichnen. Die Folge: Die EU droht mit Entzug der Zugangserleichterungen zum europäischen Markt. Oft steht zudem die Drohung im Raum, Gelder der Entwicklungszusammenarbeit zu streichen. Das ist ein Unding! Es muss Schluss sein mit solchen Verträgen und Erpressung!

Das A und O einer jeden Entwicklung ist, dass die Menschen sich aus eigener Kraft ernähren können. Hier verlaufen alle Bemühungen im Sande, wenn nicht endlich wirksame Maßnahmen gegen Landraub, Nahrungsmittelspekulation und Raubfischerei ergriffen werden. Deshalb brauchen wir Sanktionen gegen europäische Konzerne die Menschenrechtsverletzungen in Afrika begehen! Die Spekulation mit Nahrungsmitteln gehört komplett verboten. Raubfischerei muss strafrechtlich verfolgt werden. Und auf die Länder Afrikas darf kein Druck ausgeübt werden, Fischfangquoten an europäische Länder abzutreten.

Alle hier sind entsetzt, wenn sie Bilder von Flüchtlingen sehen die beim Versuch, aus Afrika nach Europa zu gelangen, sterben. Aber Empörung reicht nicht. Das Sterben geht doch Tag für Tag weiter. Weiter ertrinken Menschen im Mittelmeer. Das ist ein Skandal! Machen sie endlich Schluss mit der menschenverachtenden europäischen Grenzschutzpolitik! Menschen fliehen niemals freiwillig, sondern aus Not und Elend. Europa als Friedensnobelpreisträger stünde es gut zu Gesicht diesen Menschen zu helfen, statt sie mit allen Mitteln abzuwehren!

Wir erleben seit geraumer Zeit eine zunehmende Militarisierung der europäischen Außenpolitik. Das heißt auch: Mehr deutsche Soldaten ins Ausland. Ich sage ihnen: Militärische Einsätze lösen keinen Konflikt! Und oft werden sie geführt weil Rohstoffinteressen im Hintergrund stehen und nicht das Wohl der Menschen. Zu aller erst müssen Rüstungsexporte beendet werden. Und zwar sofort. Denn auch deutsche Waffen finden sich bei fast jedem Konflikt in Afrika. Das ist beschämend!

Unsere Vorschläge sind auch ein Beitrag für die angekündigte neue Afrikastrategie. Wir wollen eine friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa.

## **Verantwortung übernehmen: Bundeswehr raus aus Mali!**

**Verantwortung = Militär – dieser verquerten Logik stellt der Abgeordnete Niema Mo-vassat die Forderung nach Beendigung der Militärmission in Mali entgegen:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat in den letzten Tagen weitreichende außenpolitische Veränderungen angekündigt, und unter diesem Aspekt ist auch das hier diskutierte Bundeswehrmandat für Mali zu sehen. Sie, Frau von der Leyen, und Herr Steinmeier haben wie sogar der Herr Bundespräsident dieser Tage oft von der deutschen Verantwortung gesprochen. Verantwortung ist nichts Verwerfliches. Sie meinen damit aber schlicht: mehr deutsche Soldaten ins Ausland. Sie nutzen den Begriff der Verantwortung, um die Öffentlichkeit auf mehr Bundeswehreinsätze vorzubereiten. Das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN - Rainer Arnold (SPD): Das behaupten nur Sie! - Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU): Nicht verstanden, worum es geht!)

Der Erste Weltkrieg jährt sich dieses Jahr zum hundertsten Mal. Das sollte zumindest ein Grund sein, darüber nachzudenken, wohin Krieg, wohin Intervention und wohin der Einsatz militärischer Gewalt am Ende führen können. Es gibt keine Verantwortung, mehr Soldaten zu entsenden und sich immer öfter an Kriegen zu beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN - Andreas Mattfeldt (CDU/CSU): Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer schrieb vor wenigen Tagen:

„Was um Himmels willen will Ursula von der Leyen in Zentralafrika und Mali? Ja, Deutschland muss mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber nicht für Rohstoffkriege, sondern für den Frieden.“

Wenn Sie schon nicht der Linken glauben, dann glauben Sie wenigstens Ihrem Parteifreund!

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen wir uns das Mandat und die Lage in Mali einmal genauer an! Die Bundesregierung schreibt in ihrem Antrag:

Europäischen Partnern wird zudem der notwendige Raum gegeben, um ihre Beiträge - in Afrika - neu zu priorisieren.

Ich übersetze: Die Bundeswehr bildet malische Soldaten aus. Das ist natürlich kein Krieg; aber mit diesem Einsatz wollen Sie explizit den Franzosen den Rücken freihalten, die in Mali Krieg führen. Das ist also Beihilfe zum Krieg - was genauso abzulehnen ist wie ein Kampfeinsatz selbst.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch kein Geheimnis, dass Frankreich in Afrika handfeste Interessen hat. In Mali und der Region sind es zum Beispiel die Uranvorkommen, die für die französischen Atomkraftwerke unerlässlich sind.

(Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU): Das stimmt definitiv nicht!)



Auch sonst verfügt Mali über zahlreiche Rohstoffe. Frankreich mit seiner fatalen Kolonialvergangenheit in Afrika ist bis heute tief verstrickt in viele blutige Konflikte um Rohstoffe und Einflusssphären. Es ist verantwortungslos, dass Sie das völlig ausblenden

(Florian Hahn (CDU/CSU): Sie blenden das Leid der Menschen aus!)

und sich auf den Beifahrersitz Frankreichs setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das passt zu Ihrer neuen Strategie, in Afrika militärisch präsenter zu sein.

(Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Strategie soll das sein?)

Aus Ihrer Sicht ist ein Einsatz in Mali wohl auch hilfreich, um die Bundeswehr auf künftige Einsätze in Afrika vorzubereiten.

Dass militärische Lösungen keinen Erfolg bringen, zeigt die bisherige Bilanz des Einsatzes: Es hat nicht einmal ein Jahr gedauert, dass die Bevölkerung dem gerade noch umjubelten Papa Hollande mit größtem Misstrauen begegnet. Die Sicherheitslage in Mali hat sich nicht verbessert. Laut UN-Generalsekretär haben sich die terroristischen Gruppen lediglich neu organisiert. Die Zahl der Sprengstoffattentate nimmt zu. Viele Staatsdiener kehren trotz üppiger Zulagen nicht auf ihre Posten im Norden zurück: weil es zu gefährlich ist, weil sie Angst um Leib und Leben haben.

(Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU): Soll man den terroristischen Gruppen das Feld überlassen? - Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU): Darum will man ja gerade eingreifen!)

Zudem sind 400 000 Menschen auf der Flucht. Es droht eine Hungerkatastrophe, unter der bis zu 4 Millionen Menschen leiden müssten.

(Florian Hahn (CDU/CSU): Das ist doch nicht durch den Einsatz entstanden!)

All das nimmt die Bundesregierung nicht einmal zur Kenntnis. Sie schwadroniert in ihrem Antrag gar von einer zunehmenden Verbesserung der humanitären Lage. Das nenne ich Realitätsverweigerung.

(Beifall bei der LINKEN - Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie machen Realitätsverweigerung! - Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU): Sie schwadronieren! - Florian Hahn (CDU/CSU): Flucht und Vertreibung sind nicht durch den Einsatz entstanden, Herr Kollege!)

Die Bundesregierung schreibt, sie wolle die „territoriale Einheit“ und die Souveränität Malis sicherstellen. Das finde ich gut; aber da gibt es einige Fragezeichen: Nach der Rückeroberung von Kidal im Norden wurde die Region von den Franzosen nicht an die malische Regierung übergeben, sondern an die MNLA-Rebellen, also die Hauptverantwortlichen für die Krise, die ihren Hauptsitz in Frankreich haben. Mittlerweile hat die malische Regierung zwar endlich die Kontrolle; aber genaue Aufklärung über den gesamten Vorgang täte dringend not.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Frankreich verhandelt außerdem gerade ein Militärabkommen mit Mali: Die Franzosen wollen dauerhaft eigenständige Militäroperationen auf malischem Hoheitsgebiet durchführen. Die Kosten für verursachte Schäden soll Mali tragen. Das ist ein Kolonialvertrag, wie er im Buche steht. Das geht gar nicht!

(Beifall bei der LINKEN - Dagmar Ziegler (SPD): Was geht Sie das an?)

Ich möchte drei Forderungen formulieren als echten Beitrag einer deutschen außenpolitischen Verantwortung für Mali:

Erstens. Verhindern Sie, dass Frankreich dieses Militärabkommen durchdrückt.

Zweitens. Mit einem Militärbündnis Frankreich/Deutschland in Afrika setzen Sie den bislang guten Ruf Deutschlands und seiner Entwicklungszusammenarbeit in der Region leichtfertig aufs Spiel. Deshalb: Beenden Sie die deutsche Militärmission in Mali!

Drittens. Stocken Sie die Mittel für humanitäre Hilfe, zivilen Friedensdienst und Entwicklungszusammenarbeit auf!

Abschließend: Hören Sie auf, Verantwortung und Militäreinsätze gleichzusetzen! Die Menschen in Deutschland durchschauen dieses Spiel: Bei einer aktuellen Infratest-Umfrage haben 75 Prozent Nein zu mehr Militäreinsätzen der Bundeswehr gesagt.

(Christoph Strässer (SPD): Und 60 Prozent sagen Ja zu mehr Verantwortung!)

Hören Sie darauf!

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

### Freihandel – wessen Freiheit?

**Freier Handel – das klingt doch ganz gut. Wieso geht die Linksfraktion trotzdem immer auf die Barrikaden, sobald die Europäische Union Verhandlungen über Freihandelsabkommen führt? Das fragen wir Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion:**

Die Linke ist nicht gegen Handel. Aber wir sind entschieden gegen Freihandel. Man muss sich ja fragen: Um wessen Freiheit geht es da? Freihandel ist im Grunde ein Euphemismus, denn gemeint ist die Freiheit der Konzerne, aus dem globalen Handel mit Waren und Gütern noch mehr Profit zu schlagen. Es geht darum, Unternehmen von Regeln und Vorschriften zu „befreien“, ihnen „freien“ Zugang zu Märkten und Rohstoffen in anderen Ländern zu verschaffen. Dies dient aber in erster Linie großen, transnationalen Konzernen. Diese Freiheit der Konzerne geht zulasten von ArbeitnehmerInnen, Kleinbauern- und Bäuerinnen, kleinen und mittlere Unternehmen und auch zulasten der politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Regierungen und Parlamenten.

#### Inwiefern?

Freihandelsabkommen schreiben die Reduzierung oder vollständige Abschaffung von Zöllen vor. Damit verbilligen sie Importe gegenüber den lokalen Anbietern. Das greift erheblich in die lokalen Märkte ein und kann zur Verdrängung und Existenzvernichtung lokaler Produzenten führen. Das haben wir in vielen Ländern bereits erlebt. In Kolumbien protestieren seit einigen Monaten Bauern und Milchproduzenten gegen die Auswirkungen der Freihandelsabkommen ihres Landes mit der EU und den USA. In Afrika, das ohnehin schon von billigen Agrarerzeugnissen aus der EU überschwemmt wird, befürchten die lokalen Produzenten eine Verschärfung ihrer Situation, wenn die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), im Kern ebenfalls Freihandelsabkommen, in diesem Jahr, wie von der EU geplant, abgeschlossen werden.

Importzölle sind sinnvoll und wichtig, um einheimische Wertschöpfungsketten aufzubauen und die lokale Landwirtschaft zu schützen. Ebenso wichtig sind Exportzölle. Auch sie will die EU verbieten, um günstiger Rohstoffe aus den Partnerländern beziehen zu können. Diese verlieren dadurch ein wichtiges Steuerungsinstrument. Gerade viele Schwellenländer unterstützen den Aufbau ihrer Industrien gerade dadurch, dass sie durch die Verteuerung des Exports die Rohstoffe auf ihre eigenen Märkte lenken und so die industrielle Weiterverarbeitung entwickeln.

Und noch ein letztes Beispiel: Die EU-Konzerne wollen natürlich vor allem auf die Dienstleistungsmärkte und auf den Markt der öffentlichen Beschaffung vordringen. Es sind die letzten unerschlossenen Märkte. Hier werden Billionen umgesetzt. Der freie Eintritt in Vergabeverfahren bedeutet aber, dass die öffentliche Hand wichtige wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten verliert. Und die öffentliche Daseinsvorsorge wird auf einem globalen Markt feilgeboten. Das wiederum beeinträchtigt die Versorgungssicherheit in wichtigen Bereichen wie Wasser und Energie. In Deutschland haben wir bereits viele schlechte Erfahrungen damit gemacht.

Im Moment versucht die EU, ein Freihandelsabkommen mit Indien abzuschließen. Der Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe spielt dabei eine große Rolle. Die europäischen Konzerne hoffen auf ihren Einstieg in diesen Riesen-Markt, doch bisher kann Indien noch dagegenhalten. Länder, die politisch und wirtschaftlich weniger stark sind, knicken schneller vor der EU ein.

**Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP), das gegenwärtig verhandelt wird?**

Dabei handelt es sich um ein Abkommen von erheblicher Dimension. Vor allem geht es darum – hier komme ich noch mal zum Stichwort „Freiheit“ –, die Konzerne von Regeln zu befreien, für die Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände hart gerungen haben. Das heißt dann „Harmonisierung“ und „gegenseitige Anerkennung“. Entscheidend ist, dass Freihandelsabkommen mit Investitionsschutzklauseln versehen werden, die es im Streitfall Konzernen ermöglichen gegen Staaten zu klagen, wenn sie sich im Wettbewerb benachteiligt, ihre Gewinne geschmälert oder ihre Investitionen gefährdet sehen, z.B. durch höhere soziale und ökologische Standards. Es wird also ein völkerrechtlich bindender Vertrag geschlossen, der ein Parallelrecht schafft für große Konzerne. Staaten müssen sich dieser Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen.

Das geschieht bereits jetzt schon andauernd – zuletzt hatte ein US-Konzern in Kanada gegen ein Fracking-Moratorium geklagt, Vattenfalls klagt gegen den deutschen Atomausstieg usw. Das soll unter Anwendung von Freihandelsabkommen zur Regel werden. Das können wir nicht zulassen, denn Demokratie wird damit zur Makulatur. ArbeitnehmerInnen, kleine Unternehmen etc. haben dagegen keine Möglichkeit gegen die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen etc. zu klagen.

Viele Freihandelsabkommen sehen auch die Deregulierung des Finanzdienstleistungssektors vor, damit können aktuelle Regulierungsbestrebungen von Banken und Finanzkonzernen leicht unterlaufen werden, die im Zuge der Finanzmarktkrise politisch eingefordert wurden.

Es geht aber auch darum, ein Ausmaß an Deregulierung zu etablieren, das dann auch in Verhandlungen mit anderen Partnern durchgesetzt und schließlich auf der Ebene der Welthandelsorganisation WTO verankert werden soll. Denn Drittländer werden von TTIP stark beeinträchtigt werden. Wenn diese größte Freihandelszone der Welt erst mal etabliert ist, wird sie viel internationalen Handel in ihren Bereich umlenken und damit erhebliche Wohlfahrtsverluste in Drittländern, darunter in vielen Ländern des Südens, hervorrufen. Diese Länder können sich dann gezwungen sehen, ebenfalls Freihandelsabkommen mit der EU abzuschließen.

### **Was kann die Linksfraktion tun, um eine solche Entwicklung zu verhindern?**

Der Einfluss der Parlamentarier ist generell begrenzt. Zwar müssen alle Abkommen am Ende vom Europäischen Parlament und den Parlamenten der Mitgliedstaaten, also auch vom Bundestag, ratifiziert werden. Doch wenn es soweit ist, ist es eigentlich schon zu spät. Denn dann liegt ja ein abgeschlossenes Abkommen vor. Und nach der Ratifizierung im EP treten die Handelsbestimmungen bereits in Kraft. Wir sind darauf angewiesen, dass sich in der Zivilgesellschaft Protest erhebt, den wir dann parlamentarisch verstärken können, um die Regierung unter Druck zu setzen.

Die Verhandlungen werden geheim geführt in Brüssel. Dadurch kann sich informelle Politik, z.B. durch gezieltes Lobbying, durchsetzen. In allen beteiligten Gremien haben die Wirtschaftslobbyisten das Sagen. Sie führen die Feder bei der Formulierung des Verhandlungsmandats und bei der Interpretation von Verhandlungsergebnissen. Andere zivilgesellschaftliche Gruppen haben dagegen schwerlich Zugang zu den Verhandlungen, auch die Parlamente. Die Konzerne sitzen bei den Verhandlungen quasi mit am Tisch. Wir Abgeordnete werden nur im Nachhinein über Verhandlungsergebnisse informiert aber nicht im Voraus über die Verhandlungsagenda und Arbeitspapiere. So können wir auch keinen direkten Einfluß auf das Ergebnis der Verhandlungen nehmen.

### **Was folgt für die Linksfraktion daraus?**

Wir fordern: TTIP stoppen! Die Verhandlungen müssen sofort beendet, das Verhandlungsmandat zurückgenommen werden. Wir wollen nicht nur soziale und ökologische Standards verankern, sondern wir wenden uns gegen die Idee des "Freihandels". Dasselbe gilt für die Verhandlungen mit Kanada, die – weitgehend unbeachtet von der kritischen Öffentlichkeit – schon wesentlich weiter fortgeschritten sind, als TTIP. Das Freihandelsabkommen mit Kanada kann, wenn es so wie von der EU geplant zustande kommt, TTIP teilweise vorweg nehmen. Denn die USA ist ebenfalls mit Kanada durch ein Freihandelsabkommen verbunden. Durch den Umweg über Kanada könnten

EU- und US-Konzerne also bereits vor Inkrafttreten von TTIP wichtige Regeln und Standards umgehen und die bereits zitierte Schiedsgerichtsbarkeit in Anspruch nehmen, die in vielen Freihandelsabkommen verankert wird.

Wir fordern seit langem neue Handelsmandate, die nicht den "Freihandel", sondern einen "gerechten Handel" befördern und die Entwicklungsinteressen der Bevölkerung, Wohlfahrt, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellt statt Profitmaximierung um jeden Preis.

*Fragen: Alexander King*

### **Besatzung und Krieg ermöglichen keine nachhaltige Entwicklung**

**Für die Fraktion DIE LINKE begründet die Abgeordnete Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin, die Forderung nach dem sofortigen und vollständigen Abzug der Bundeswehr auf Afghanistan:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Laut dem jüngsten Bericht zur UN-Mission in Afghanistan, UNAMA, ist 2013 das schlimmste Jahr für afghanische Frauen, Mädchen und Jungen seit 2009, mit der höchsten Zahl an getöteten und verletzten Frauen und Kindern. Erneut wurden Hunderte Zivilisten von der sogenannten internationalen Schutztruppe ISAF getötet, davon allein 19 Prozent durch Luftangriffe. Was das konkret bedeutet, zeigt die Aussage eines Arztes über ein vierjähriges Mädchen, das nach einem Luftangriff in ein Krankenhaus gebracht wurde: Fast ohne Gesicht, beide Augen verloren; ihre gesamte Familie wurde getötet, als das Fahrzeug, in dem sie fuhren, bei einem Luftangriff bombardiert wurde. - In Afghanistan wird täglich getötet und gestorben, und deswegen fordert die Linke seit 13 Jahren ein Ende dieses Krieges und einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU): Die Taliban tötet auch!)

- Genau, weil wir in einer Kriegssituation sind.

Übrigens sind allein im letzten Jahr 4 600 afghanische Soldaten und Polizisten getötet worden. Ich finde, das muss man hier, weil Sie jetzt immer auf die Sicherheitsstrukturen der Afghanen setzen, auch mal erwähnen. Auch das zeigt, wie brutal es dort zugeht und wie die Sicherheitslage ist. Jetzt sterben eben afghanische Soldaten, und auch das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Hinblick auf die Erreichung all der Ziele, die Sie zur Rechtfertigung dieses Krieges hier immer wieder angegeben haben und auch immer noch angeben - Entwicklung, Frauenrechte, Demokratie, Frieden -, sind Sie gescheitert. Der Afghanistan-Krieg hat mindestens 70 000 Menschen das Leben gekostet. Das Land zählt immer noch zu den ärmsten Ländern der Erde, und das trotz milliardenschwerer Entwicklungsprogramme. Das zeigt, dass wir unter der Bedingung von Besatzung und Krieg keine nachhaltige Entwicklung ermöglichen können; das muss doch die Erkenntnis sein.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Und was habe ich letzte Woche von Außenminister Steinmeier gehört? Seine Erkenntnis aus dem Afghanistan-Krieg ist: Wir müssen jetzt bessere Militäreinsätze planen, müssen uns besser koordinieren und die zivil-militärische Vernetzung verbessern. - Das ist doch keine angemessene Konsequenz aus diesem Krieg. Die Konsequenz muss sein, dass wir die Bundeswehr generell nicht ins Ausland schicken und militärische Interventionen ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle danken hier immer - ich muss sagen, sehr ritualhaft - den deutschen Soldatinnen und Soldaten.

(Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht ritualhaft, sondern tatsächlich!)

Ich möchte heute einmal den Friedensaktivisten danken, die sowohl in Deutschland - übrigens auch heute vor dieser Debatte wieder - als auch in Afghanistan und weltweit über Jahre hinweg auf die Straße gegangen sind und gegen diesen Krieg demonstriert und protestiert haben, die afghanische Friedenskräfte vor Ort unterstützen und über 13 Jahre hinweg versucht haben, Alternativen zu entwickeln und zu zeigen, dass es nicht darum gehen kann, den Krieg zu gewinnen; wir müssen den Frieden gewinnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie reden jetzt viel von internationaler Verantwortung. Ich frage mich: Warum übernehmen Sie nicht erst einmal Verantwortung für das, was in Afghanistan passiert ist, für die Tausenden von Toten, für die auch die ISAF-Schutztruppe verantwortlich ist? Meine Kollegin hat es angesprochen: Für die Angehörigen der Opfer, der Toten des Kunduz-Angriffes - Sie sprachen von einem „verantwortungsvollen Handeln“ der Bundesregierung, Herr Beyer - gab es eine Entschädigung von 5 000 US-Dollar. Das darf ja wohl nicht wahr sein. Sie verstecken sich hinter Gerichtsbeschlüssen. Das ist wirklich beschämend. Das ist keine menschenwürdige Unterstützung für die Hinterbliebenen.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum übernehmen Sie eigentlich keine Verantwortung für den schmutzigen Drogenkrieg, den die USA in der Grenzregion Pakistan/Afghanistan, und übrigens auch in Afrika, führt? Er wird auch von deutschem Boden aus geführt, nämlich von den US-Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Das könnten Sie hier unterbinden. Ich frage mich, warum diese Einrichtungen nicht längst geschlossen worden sind; denn sie sind verantwortlich für diesen schmutzigen Krieg und den Tod von Hunderten von Zivilisten in Afghanistan und Pakistan.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Linke fordert einen vollständigen Abzug aus Afghanistan und keine dauerhafte Besatzung mit bis zu 10 000 US-Truppen über Jahre hinweg, wie das geplant ist. Man spricht vom Jahr 2024, und falls es die Sicherheitssituation erfordert, auch noch über diesen Zeitraum darüber hinaus. Wir wollen einen vollständigen Abzug aus Afghanistan und keine dauerhafte Besatzung. Wir wollen, dass afghanische Friedenskräfte, die eine mutige Arbeit machen, aber bislang wenig unterstützt werden, endlich die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

Danke

(Beifall bei der LINKEN)

**Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:**

Heike Hänsel, MdB

Niema Movassat, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Sprecher für Welternährung, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 227-73179

Telefon: 030 227-71760

Fax: 030 227-76179

Fax: 030 227-76663

heike.haensel@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Carlos Hainsfurth

Dr. Birgit Bock-Luna

Harald Neuber

Andreas Grünewald

Henning Zierock

Manuel Faber

Nicolai Röschert

Dr. Alexander King, Referent für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Telefon: 030 227-52802

alexander.king@linksfraktion.de